



Antrag 021 – KV AC-DN-HS

Änderungsantrag zum Antrag des Landesvorstandes 2/2017-LPP-01

Städte- und Wohnungsbau

Antragsteller: Kreisverband Aachen – Düren – Heinsberg

Abstimmungsergebnis: 4 ja / 0 Enthaltungen / 0 nein

Montag, 23.01.2017 – Kreisversammlung

Antragstext

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

Einfügung des Politikfeldes „Städte- und Wohnungsbau“

Punkt 1:

Die ÖDP fordert eine öffentliche Förderung von genossenschaftlichem Wohnungseigentum. Neuer sozialer Wohnungsbau muss durch die öffentliche Hand errichtet und im Eigentum und der Verwaltung der öffentlichen Hand verbleiben oder alternativ genossenschaftlich genutzt werden. Bei großen privaten Wohnungsbauprojekten muss die Möglichkeit des "Freikaufens aus den Sozialwohnungsbauanteilen" abgeschafft werden.

Ökologie-Nischen („Öko-Inseln“) im städtischen Wohnungsbau müssen verpflichtend bei Neu- und Veränderungsbauten in den Planungen Berücksichtigung finden.

Punkt 2:

Bau und Unterhalt von Studentenwohnheimen soll i.d.R. durch das Land NRW erfolgen. Bei Bauvorhaben oder Umbaumaßnahmen sollen Studierende angemessen durch Anhörungsverfahren (z.B. über den Allgemeinen Studierendenbund) beteiligt werden.

Begründung

Zu Punkt 1: Wenn man schon die erfolgte Privatisierung öffentlichen Eigentums nicht zurücknehmen kann, so ist zur Wiedererlangung bzw. Erweiterung bezahlbaren Wohnraumes der Privatisierung ernsthaft entgegenwirken.

Die verpflichtende Berücksichtigung „grüner Inseln“ im Städtebau hebt die Wohnkultur und hilft dabei, die Emissionswerte in den Großstädten dauerhaft zu senken.

Zu Punkt 2: „Freies, kreatives Denken verträgt sich nur mit adäquaten Wohn- und Lebensverhältnissen. Wohn- und Lebensbedürfnisse - beispielhaft hinsichtlich Zimmergrößen, Wohngemeinschaftsmöglichkeiten und ggf. Mehrgenerationenwohnungen – sollen so adressatengerechter gestaltet werden.